

"Vierzehn gegen einen" in Die Zeit

Quelle: Die Zeit. [ONLINE]. [Hamburg]: [15.04.2004]. Disponible sur http://www.zeit.de/archiv/1966/11/Zt19660311_001_0003_P.

Urheberrecht: (c) Kurt Becker

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"vierzehn_gegen_einen"_in_die_zeit-de-ba5d4003-974e-4cda-9ff8-450970e10023.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Vierzehn gegen einen

De Gaulles NATO-Pläne sind kein Naturereignis

Becker, Kurt

Was sonst als Melancholie werden Konrad Adenauer und Charles de Gaulle empfinden, wenn sie auf ihre Begegnung in Paris blicken? Zerstoben sind kühne Visionen. Auf dem Felde deutsch-französischer Beziehungen breiten sich weitere Trümmer aus, seitdem der General die letzten Etappen seines Auszuges aus der militärischen Organisation der NATO eingeläutet hat. Der Besuch des deutschen Freundes vermag hieran nicht das Geringste zu ändern, zumal auch bei Adenauer und selbst in den überschwenglichen Stunden herzlicher Gemeinsamkeit ein Rest von Mißtrauen gegen de Gaulles Verteidigungspolitik nie erloschen war.

Neue und schwere Belastungsproben zwischen Bonn und Paris stehen bevor. Die Bundesregierung kann es nicht hinnehmen, daß der General einerseits zur Sezession bläst und die Einordnung in die militärische Kommando-Hierarchie beendet, andererseits jedoch seinen doppelten Anspruch auf die politische und militärische Kontrolle der Bundesrepublik zu bewahren wünscht, indem er seine Streitkräfte weiterhin in Südwestdeutschland beläßt, aber künftig unter nationalen Oberbefehl. Schon bald will de Gaulle mit Bonn über den künftigen Status dieser Truppen einen zweiseitigen Vertrag abschließen. Ähnliches strebt er mit den Vereinigten Staaten an, denen er nicht mehr erlauben will, auf französischem Boden Nachschub, Stützpunkte und Flugbasen unter eigener Kontrolle zu verwalten. Über allem soll nun bald die Trikolore wehen: als Zeichen voller Souveränität und des von Frankreich abgeschüttelten gehaßten "amerikanischen Militärprotektorats".

Die veralteten zweieinhalb Divisionen Frankreichs und seine beiden Kampfgeschwader stünden nach französischem Konzept als Verbündete in Deutschland - in Wahrheit freilich als Quasi-Besatzungsmacht. Vor allem für die französische Ostpolitik böte sich hier ein respektables Faustpfand. In seiner Deutschlandpolitik wendet Frankreich seit jeher einen beträchtlichen Teil seiner Phantasie zur Neutralisierung des deutschen militärischen Potentials auf. Die Franzosen sind daher auch glühende Anhänger der Idee, daß die Bundeswehr vollständig dem operativen Oberbefehl der NATO unterstellt sein muß. Tatsächlich verfügen die integrierten Stäbe ja auch fast nur in Deutschland über ihnen unterstellte Verbände.

Die Bundesregierung ihrerseits hat auf nationales Oberkommando und Führungsstab verzichtet. Sie hat sich - wegen ihrer Nachbarn - für die Bundeswehr als Torso entschieden. Sie hat manche Diskriminierung des deutschen militärischen Status in Kauf genommen, da sie auf diese Weise zugleich andere Verbündete an Deutschland binden und hierdurch erhöhte Sicherheit gewinnen konnte. Aber was Frankreich jetzt anbietet, bringt bloß Diskriminierung und streicht die Sicherheit.

In ähnliche politische Richtung wies schon im vergangenen Herbst ein mit drei Sternen gezeichneter Artikel politischer und militärischer Fachleute in der Zeitschrift "Politique Etrangère". Ihre Reformidee war doppelbödig. Der Militärkoalition klassischen Stils für den gesamten NATO-Bereich wurde die Sonderlösung für die Bundesrepublik gegenübergestellt: voll integrierte Führungsstäbe vom Charakter einer internationalen Aufsichtsbehörde über die Bundeswehr. Und man weiß nicht einmal, ob über diese Gedanken schon Gras gewachsen ist.

Die Amerikaner können gegenüber den Franzosen mit Verhandlungspreisen aufwarten, wenn sie Flugbasen, Pipelines und Nachschublager zu erträglichen Bedingungen behalten wollen. Sie könnten beispielsweise die Zentren des im Aufbau befindlichen Luftverteidigungssystems aus Frankreich herausverlegen. Gewiß würde der französische Etat überdehnt, wollte der General ein solches System aus eigener Kraft errichten. Der Verzicht auf das französische Hinterland wäre ein empfindlicher Verlust, aber die Intransigenz des Generals könnte ihn unvermeidbar machen.

De Gaulles Logik setzt den Frieden in Europa voraus; eine Annahme, die er mit Amerika und England teilt.

Sie erlaubt ihm seine risikolose Sonderrolle, ob er sich von der Glorifizierung der nationalen Idee bestimmen läßt oder von dem Versuch, Handlungsfreiheit für eine europäische Politik hegemonialen Zuschnitts zu gewinnen. Nur diese Prämisse macht auch verständlich, daß der französische Staatschef sich über alle verteidigungspolitischen Aspekte hinwegsetzt und widerspruchsvoll argumentiert, er wolle nicht durch die außereuropäische amerikanische Politik in einen bewaffneten Konflikt gestürzt werden - als könne sich Frankreich aus in Europa entbrennenden Kämpfen in jedem Falle durch eigene Entscheidung heraushalten.

Die NATO wird an dem von de Gaulle für sein Land angestrebten Status der bewaffneten Neutralität nicht zerbrechen. Wenngleich es sinnlos wäre, den Schaden zu leugnen, der nun angerichtet wird. Vierzehn stehen gegen einen, Frankreich ist isoliert. Die Verbündeten sollten sich dies zunutze machen. Sie sollten sich nicht nach freier Wahl des Generals aufsplittern lassen, sondern gemeinsam als Partner zweiseitiger Verträge auftreten. Aber das wäre eine Frage der Prozedur. In der Sache kann sich die Bundesregierung nur davon leiten lassen, daß die französischen Pläne nicht einfach wie ein Naturereignis hingenommen werden dürfen; denn politisch sind sie eine Hypothek, militärisch ein Nichts.